

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 23

Heike Hänsel

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau
im Unterausschuss Vereinte Nationen

Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 30.4.2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im April haben uns die Hungeraufstände in vielen Ländern des Südens die drastischen Folgen der **Welternährungskrise** vor Augen geführt. DIE LINKE hat im Bundestag strukturelle Ursachen von Hunger und Armut benannt und gefordert, Ernährungssouveränität zu einem zentralen Ziel der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Wir dokumentieren ab S. 2:

- Rede von Heike Hänsel (23.4.2008): Wir brauchen eine grundlegende Änderung des Weltwirtschaftssystems
- Standpunkt von Hüseyin Aydin (28.4.2008): Nahrungsmittelpreise explodieren, Welthunger nimmt zu – die Antwort der LINKEN
- Pressemitteilung von Heike Hänsel (21.4.2008): Ernährungssouveränität muss zentrales Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden
- Rede von Heike Hänsel (10.4.2008): Dieses Welthandelssystem verstößt täglich gegen das Menschenrecht auf Nahrung

DIE LINKE fordert die Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik am Aufbau sozialer **Sicherungssysteme** in den Ländern des Südens und an der Verbesserung der Zukunftschancen für die Menschen dort. Dabei muss es vor allem um den Aufbau der Gesundheitsversorgung und die Förderung von Bildungseinrichtungen gehen. Wir dokumentieren ab S. 10:

- Antrag der Fraktion DIE LINKE (16/8812): Entwicklung braucht Bildung – den deutschen Beitrag erhöhen
- Rede von Hüseyin Aydin (24.4.2008): Leben vor Pharmaprofit
- Pressemitteilung von Hüseyin Aydin (11.4.2008): Steinbrück beschädigt die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands

Aus der laufenden Arbeit der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Fraktion DIE LINKE dokumentieren wir **außerdem** ab S. 16:

- Rede von Heike Hänsel (24.4.2008): Zivile Hilfe für Afghanistan in zivile Hände legen
- Rede von Hüseyin Aydin (25.4.2008): Die Krise in Kenia ist noch nicht überwunden
- Hinweis auf das Positionspapier von Hüseyin Aydin: Afrika und DIE LINKE

Wir brauchen eine grundlegende Änderung des Weltwirtschaftssystems

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, weist in der Bundestagsdebatte über die Welternährungskrise auf die strukturellen Ursachen von Hunger hin und fordert den Einsatz für ein gerechtes Welthandelssystem:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die jetzige Welternährungssituation zeigt eines ganz deutlich: den Wahnsinn des herrschenden kapitalistischen Weltwirtschaftssystems,

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

das alles zur Ware macht und in dem der Markt alles zählt und die Menschen nichts zählen. Das muss auch einmal deutlich angesprochen werden, wenn Sie hier ständig von Strukturen sprechen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kuba! Hunger in Kuba!)

Ein rohstoffhungriges System, in dem das Brot der Armen im Tank der Reichen landet und Grundnahrungsmittel mittlerweile Spekulationsobjekte an der Börse sind,

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kuba! - Rainer Brüderle (FDP): Gruß von Erich!)

Millionen hungriger Menschen - nicht erst jetzt, wir leben seit Jahrzehnten mit Millionen hungernder Menschen -, die Klimaerwärmung, der Krieg um die Rohstoffe

(Norbert Schindler (CDU/CSU): Sie reden von Nordkorea?)

und der Einbruch der Finanzmärkte zeigen eines ganz deutlich: das Versagen der neoliberalen Globalisierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Jean Ziegler, der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung, sprach ganz klar vom „stillen Massenmord“ aufgrund der Strukturen des Weltmarktes.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kuba! Was ist in Kuba?)

Deshalb fordern wir schon seit langem eine grundlegende Änderung dieses Weltwirtschaftssystems; anders lassen sich Hunger und Armut nicht ernsthaft bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist in Nordkorea, Kuba? Alles Ihre Freunde!)

Zu den Finanzmärkten, Frau Wieczorek-Zeul: Es ist richtig, die Spekulationen wurden durch Gewinnerwartungen bei Böden und Agrotreibstoffen massiv angetrieben. Aber da

langt eben kein Appell an die Moral. Wir brauchen eine Regulierung der Finanzmärkte.

(Dr. Karl Addicks (FDP): Um Gottes willen!)

Wir halten eine Eindämmung dieser Spekulationen für notwendig und setzen uns schon seit langem für ein Verbot der hochspekulativen Hedgefonds ein, die, Frau Künast, unter Rot-Grün zugelassen wurden.

(Beifall bei der LINKEN - Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nordkorea! Seien Sie nicht feige! Nordkorea!)

Auch diese Strukturen müssen Sie einmal ansprechen; denn damit sind wir tagtäglich konfrontiert.

Was die Agrarwirtschaft angeht, so setzen wir uns natürlich - ich glaube, das ist überfällig, Herr Seehofer - für ein Moratorium bezüglich der Beimischungsquoten von Biosprit ein. Aber auch wir wissen, dass das nicht ausreicht, sondern dass wir mittelfristig an unsere Verbräuche heran müssen. Wir müssen den Verbrauch der fossilen Rohstoffe in Europa massiv senken. Das betrifft die Automobilindustrie und viele andere Bereiche. Daran müssen wir glaubhaft herangehen, wenn wir etwas in den Ländern des Südens verändern wollen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Herr Seehofer, Sie haben die Nahrungsmittelkonzerne kritisiert. Aber gerade die EU-Agrarpolitik, der Sie immer zugestimmt haben, hat mit massiven Agrarsubventionen gerade diese Konzerne stark gemacht. An wen gehen denn Agrarsubventionen? An Nestlé, an Philip Morris; zum Teil ist gar nicht bekannt, wer alles subventioniert wird.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und an die neuen Bundesländer!)

Deswegen setzen wir uns für einen Stopp bzw. eine Veränderung dieser Subventionen ein.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Das betrifft auch die Exportsubventionen. In vielen Ländern des Südens konnten die Bäuerinnen und Bauern mit den billigen Produkten aus der EU nicht mehr konkurrieren. Das ist seit Jahrzehnten so; das ist keine Entwicklung, die es erst seit kurzem gibt. Natürlich sind sie nicht für die jetzigen Preissteigerungen verantwortlich, aber sie haben diese Strukturen lange Zeit massiv beeinflusst. Wir müssen von diesen Strukturen weg.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Das gilt auch für die Handelspolitik. Auch die Handelspolitik hat in Jahrzehnten systematisch die Ernährungsgrundlage von Ländern des Südens kaputt gemacht. Ein Beispiel ist Haiti, wo es jetzt enorme Hungerunruhen gibt. Haiti ist Mitte der 80er-Jahre durch die Freihandelspolitik gezwungen worden, massiv die Zölle zu senken; Haiti hat Billigimporte ins Land gelassen, und die eigene Produktion wurde zerstört. Jetzt ist Haiti zu 80 Prozent von Nahrungsmittelimporten abhängig. Vor allem die Länder, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, werden jetzt von den Weltmarktpreisen voll getroffen.

Wir brauchen eine Veränderung dieser Freihandelspolitik und einen Schutz der Märkte, um eine eigenständige Entwicklung überhaupt erst zu ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Wenn wir hier von ländlicher Entwicklung sprechen, dann bedeutet das auch, dass wir diese Bereiche schützen müssen, damit eine solche Entwicklung möglich wird.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): LPGs!)

Wir setzen uns auch für die Modernisierung ein. Wir wollen eine Steigerung der Produktivität und die Modernisierung der Agrarwirtschaft in den Ländern des Südens, und zwar ökologisch nachhaltig. Dazu braucht man einen Schutz.

(Norbert Schindler (CDU/CSU): Wie in der alten DDR!)

Dazu trägt die Handelspolitik, Frau Wieczorek-Zeul, insbesondere was die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen anbetrifft, in unseren Augen nicht bei.

(Dr. Karl Addicks (FDP): Deshalb brauchen Sie nicht so zu schreien!)

Diese Politik wird mittelfristig zu einer massiven Verschärfung von solchen Hungerkrisen führen, weil Sie weiterhin die Märkte öffnen wollen. Ich kann Sie nur auffordern: Setzen Sie sich dafür ein, dass die EPAs, die Sie nach wie vor unterstützen, gestoppt werden und wir neue Verhandlungen aufnehmen; denn die EPAs werden den Freihandel massiv befördern.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Zum Schluss möchte ich noch ein Thema ansprechen, das überhaupt noch nicht zur Sprache kam. Wenn wir schon von Geldern sprechen

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nordkorea!)

und mehr Finanzmittel in die ländliche Entwicklung stecken wollen, dann müssen wir auch den 500 Millionen Dollar der Weltbank die Milliarden und Billionen an Rüstungsausgaben gegenüberstellen. Das ist nämlich ein regelrechter Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos) – Zuruf von der FDP: NVA!)

1,2 Billionen Dollar werden jährlich für die Rüstung ausgegeben,

(Peter Bleser (CDU/CSU): Da sind die sozialistischen Staaten aber ganz vorne!)

während wir nur 500 Millionen Dollar für die Hungerbekämpfung haben.

(Dr. Karl Addicks (FDP): Ihre kommunistischen Freunde aus China schicken gerade Waffen nach Simbabwe! Wenden Sie sich an die!)

Die Bundesregierung zahlt jetzt 23 Millionen in das World Food Programme ein, was zu

begrüßen ist, aber allein 40 Millionen Euro standen für die Tornados in Afghanistan sofort zur Verfügung.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Hänsel, kommen Sie bitte zum Schluss.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. - Das ist ein Widerspruch, den wir hier deutlich formulieren müssen. Für uns ist ganz klar: Wir wollen ein Ende dieser Militarisierung und der weltweiten Rüstungsspirale, um ernsthaft Hunger und Armut in der Welt zu bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

Standpunkt, 28.4.2008

Nahrungsmittelpreise explodieren, Welthunger nimmt zu – Die Antwort der LINKEN

von Hüseyin Aydin

Nach Angaben der UN-Organisation FAO waren 2007 über 850 Millionen Menschen auf der Welt chronisch unterernährt. Die globale Explosion bei den Nahrungsmittelpreisen hat das Problem in den vergangenen Wochen dramatisch verschärft. Jeder zusätzliche Prozentpunkt erhöht die Zahl der weltweit Unterernährten um rund 16 Millionen.

Es kann nicht angehen, dass angesichts dieser akuten Notlage dem UN-Welternährungsprogramm (WFP) die Mittel ausgehen. Das WFP sichert die Ernährung von derzeit 73 Millionen Menschen, die unter akutem Hunger leiden und denen anderenfalls der Tod droht. Nun hat das Ansteigen der Lebensmittelpreise eine Lücke gerissen. Dem WFP fehlen mindestens 500 Millionen Dollar.

Deutschland muss die im Rahmen der UN gegebenen Versprechungen zur Finanzierung des Kampfes gegen Hunger und extreme Armut einhalten. Doch genau in diesem Moment fordert Finanzminister Steinbrück die Absenkung des für 2009 vorgelegten Etats für Entwicklungshilfe. Er befindet sich damit in schlechter Gesellschaft der anderen G8-Staaten, die allesamt in punkto weltweiter Armutsbekämpfung ihre vollmundigen Ankündigungen vom Gipfel in Heiligendamm nicht eingehalten haben.

DIE LINKE fordert als ersten Schritt zur Beseitigung der akuten Hungerkrise ein konzertiertes Notprogramm der großen Industriestaaten. Doch das reicht nicht, um die grundlegenden Ursachen des Hungers zu beseitigen. So liegt einer der Gründe in der ungleichen Landverteilung. Allein in Brasilien kontrollieren zehn Prozent der Grundbesitzer über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die UNESCO hat deshalb zu Recht im jüngst vorgelegten Weltagrарbericht für zahlreiche Drittwelt-Staaten eine Landreform gefordert, die nachhaltige Bewirtschaftsformen begünstigt.

Marktwahnsinn

Das Grundproblem aber steckt im System. Nahrung ist eine Ware, die den Fluktuationen des Marktes ausgesetzt ist. Angesichts der Unsicherheit auf den Immobilien- und Aktienmärkten gewinnen Grundnahrungsmittel auf den Warenterminbörsen als sichere Anlagen an Attraktivität. Sie nehmen so am allgemeinen Preisauftrieb für Rohstoffe teil und werden Gegenstand der Spekulation. So begannen Händler zunächst, insbesondere Weizen aufzukaufen und zu horten. In der Folge hat sich seit Mitte 2007 dessen Weltmarktpreis mehr als verdoppelt. Seitdem wurden auch andere Grundnahrungsmittel

für die Spekulation interessant. Seit Januar 2008 hat der Reispreis um mehr als 50 Prozent angezogen.

Die Regierungen müssen international regulierend eingreifen, um Grundnahrungsmittel der Spekulation zu entziehen. Zum anderen muss die Förderung des so genannten Biosprits eingestellt werden. Die Umwandlung von Flächen zur Nahrungsmittelproduktion in Biosprit-Flächen wirkt Preis treibend, denn so wird das Lebensmittelangebot verknappt. Bereits jetzt wird ein Drittel des US-Mais der Nahrungsmittelproduktion entzogen und stattdessen in Kraftfahrzeugen verbrannt. Die EU muss endlich die nach wie vor bestehende Zielvorgabe aufgeben, den Anteil des Biosprits an den verwandten Treibstoffen bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern.

Hauptursache für Hunger sind die weltweit zu geringen Einkommen. In vielen Ländern der Welt kämpfen die Arbeitnehmer angesichts der steigenden Preise deshalb für höhere Löhne. So haben in Burkina Faso und Algerien die Gewerkschaften mit Massenstreiks Druck für höhere Löhne gemacht. Dies ist die richtige Antwort auf den Marktwahnsinn bei den Lebensmitteln, der immer mehr Menschen tiefer ins Elend stürzt.

Pressemitteilung, 21.4. 2008

Ernährungssouveränität muss zentrales Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden

„Der Kampf gegen Hunger erfordert einen grundlegenden Wandel in der Entwicklungs- und Handelspolitik“, erklärt Heike Hänsel in Reaktion auf die heutige Pressekonferenz der Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul mit dem Generaldirektor des International Food Policy Research Institute, Joachim von Braun. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

„Der Preisanstieg für Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt ist maßgeblich auf den Biosprit-Boom zurückzuführen. Darauf hat Frau Wieczorek-Zeul ganz richtig hingewiesen. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich das Vorgehen der Ministerin, die weitere Erhöhung der Biospritbeimischung und den Einsatz von Getreide und Ölfrüchten bei der Biosprit-Produktion vorerst zu stoppen. Wir hoffen, dass sich ihr Standpunkt auch in der Bundesregierung durchsetzen wird.

Wir unterstützen auch die Pläne des BMZ Kleinbauern in Entwicklungsländern zu stärken. Das wird aber nur gelingen, wenn ein grundlegender Wandel in der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik durchgesetzt werden kann. Der neoliberalen Vorstellung, Ernährungssicherheit und Entwicklung seien durch den Zugang zum Weltmarkt herzustellen, muss eine deutliche Absage erteilt werden. Diese Vorstellung hat leider auch Ministerin Wieczorek-Zeul noch in dieser Legislaturperiode wiederholt vertreten. Und genauso sieht auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in vielen Bereichen aus: Die Unterstützung für ländliche Entwicklung wurde immer weiter zurückgefahren, stattdessen exportorientierte Landwirtschaft gefördert, Handelshilfe („Aid for Trade“) in den Mittelpunkt gerückt und Freihandelsabkommen wie die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) durchgesetzt – oftmals gegen den Willen der Partnerländer. Kleinbauernorganisationen haben schon seit langem vor der Zerstörung der wichtigsten Grundlagen für die Welternährung durch Freihandel und Exportorientierung gewarnt und bislang kein Gehör gefunden. Das muss sich ändern.

DIE LINKE unterstützt das Fazit des Weltagrарberichts: Rückbesinnung auf traditionelle Landwirtschaft und Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, denen durch die bisherige Politik vielfach die Existenzgrundlage genommen worden war.

DIE LINKE fordert die Abkehr vom Freihandelsdogma und die schnelle Abschaffung der Agrarexportsübventionen zum Schutz der lokalen Produzenten vor den Importfluten aus der EU. Stattdessen: massive Unterstützung für die ländliche Entwicklung im Süden mit dem Ziel, dort Ernährungssouveränität zu erreichen oder wieder herzustellen.

Rede im Bundestag, 10.4.2008

"Dieses Welthandelssystem verstößt tagtäglich gegen das Menschenrecht auf Nahrung"

Vor dem Hintergrund der Hungeraufstände in Haiti und in vielen afrikanischen Ländern kritisiert die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heike Hänsel, in der Bundestagsdebatte über die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) die Freihandelspolitik der EU.

Herr Präsident! Lieber Herr Königshaus, Sie können ja gerne unsere Anträge kritisieren, aber wer hier gar keinen Antrag vorlegt, braucht den Mund nicht so weit aufzureißen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, über die wir heute sprechen, sind eben keine Entwicklungsabkommen, wie dies auch Frau Wiczorek-Zeul ständig wiederholt, sondern Freihandelsabkommen. Die Hungeraufstände der letzten Tage in Ägypten, Kamerun, Burkina Faso und Haiti aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise zeigen eines sehr deutlich, Herr Kollege Raabe: Die Freihandelspolitik der letzten Jahrzehnte ist gescheitert. Sie bekämpft nämlich keine Armut, sondern ist die Ursache für Hunger und Armut.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Freihandel hat der Mehrheit der Menschen in den Ländern des Südens keinen Zugang zu ausreichend günstiger Nahrung gebracht; er hat ihnen im Gegenteil die Ernährungssouveränität genommen. Der jetzige Preisanstieg, der natürlich durch die Agrotreibstoffe aus Weizen, Soja, Mais und Reis angeheizt wird, zeigt ganz klar, wie schwierig es ist, wenn die Menschen bei der Sicherstellung ihrer Ernährung auf den Weltmarkt angewiesen sind: Die Verteuerung von Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt trifft genau die Länder am stärksten, die durch die Freihandelspolitik in die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten oder Nahrungsmittelhilfen getrieben wurden.

In Haiti gibt es ganz aktuell enorme Aufstände. Dort wurden bereits 1986 die Zölle für die Einfuhr von Nahrungsmitteln massiv gesenkt. Was ist passiert? Die heimische Produktion ist um mehr als zwei Drittel zurückgegangen, und zwar durch Billigimporte aus den USA.

(Hellmut Königshaus (FDP): Das ist noch teurer!)

Das ist ein Riesenproblem, denn jetzt sind sie abhängig von Nahrungsmittelimporten, und sie treffen ganz direkt die Preissteigerungen auf dem Weltmarkt.

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Sascha Raabe meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Umgekehrt - Herr Raabe, Sie können das dann nachher kommentieren - findet leider auch die heimische Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern zunehmend nur noch für den Export statt. Diese Tendenz wird auch von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gefördert.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Raabe?

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja.

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Die Zeit ist zwar schon fortgeschritten, Frau Kollegin,

(Hellmut Königshaus (FDP): Guter Hinweis!)

aber wenn Sie sagen, dass sämtliche Probleme des Hungers darin begründet sind, dass der Freihandel die Menschen in Armut getrieben hätte, dann können Sie mir vielleicht noch Folgendes beantworten: Warum sind denn gerade die 49 ärmsten Länder, die sowohl einen quoten- und zollfreien Marktzugang als auch das Recht hatten, sich durch ihre Zölle zu schützen, in den letzten Jahrzehnten nicht vorangekommen, genau die Länder, von denen Sie jetzt sagen, dass dort Hunger herrscht? Warum haben die Länder, die sich wie die südasiatischen Länder graduell geöffnet haben, gute Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu verzeichnen? Warum sind die, bei denen Sie so tun, als wäre es der Freihandel gewesen, eigentlich die Ärmsten der Armen?

Ich glaube, wir sollten mit der Wahrheit in der Mitte bleiben: Weder der Freihandel noch die Abschottung vom Weltmarkt ist eine Lösung, so wie Sie es sich vorstellen. Wir werden nicht 9 Milliarden Menschen auf einer kleinen Scholle als Kleinbauern ernähren können, sondern nur dann, wenn sie auch eine Chance haben, von der Globalisierung zu profitieren.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Herr Raabe, wenn Sie noch kurz stehen bleiben, kommentiere ich es noch gern.

(Dr. Sascha Raabe (SPD): Es ist schon so spät!)

Ich habe ganz konkret von den Nahrungsmitteln gesprochen, nicht aber von allen Produkten, die auf dem Weltmarkt gehandelt werden. In meinen Augen bedeutet es ein großes Problem, die Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt zu handeln. Dies ist für den Großteil der Länder ein riesengroßer Nachteil, weil sie einerseits exportorientiert sein sollen und daher viel produzieren, aber gar nicht für die heimische Bevölkerung, sondern auf dem Weltmarkt mit diesen wenig verarbeiteten Produkten konkurrieren sollen, bei denen sie geringe Gewinnspannen haben; andererseits müssen sie dann aber viele andere billige Nahrungsmittel in das Land hineinlassen.

Es geht also vor allem um Nahrungsmittel - ich habe nicht von allen Produkten auf dem Weltmarkt gesprochen -, die für die Länder des Südens ein ganz wichtiger Faktor sind. Ich bin dafür, dass Ernährungssouveränität im Mittelpunkt stehen und Vorrang vor Weltmarktstrukturen und vor Weltmarktkonkurrenz haben muss.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg van Essen (FDP): Selten eine so schwache Antwort gehört!)

Zurück zum Thema. In meinen Augen verstößt dieses Welthandelssystem tagtäglich gegen das Menschenrecht auf Nahrung. Das Ergebnis können wir sehen: 80 Prozent der Hungernden weltweit sind Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Landarbeiter und Landarbeiterinnen, Fischer und Nomaden. Sie leiden unter der Kommerzialisierung der Landwirtschaft. Darunter fallen Saatgut - zunehmend gentechnisch verändertes Saatgut -, die Privatisierung von Wasservorkommen und die Importfluten, die ich bereits genannt habe. Schon jetzt gibt es das große Problem, dass die EU in die AKP-Staaten massiv landwirtschaftliche Produkte exportiert. Diese Entwicklung wird durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht gestoppt, sondern eher noch verschärft werden. Deswegen finde ich es absurd, dass wir einerseits Anträge zur Stärkung der sozialen Sicherungssysteme in den Entwicklungsländern verabschieden, wir uns andererseits für Zollsenkungen einsetzen, die bewirken, dass Mittel zur Finanzierung dieser sozialen Sicherungssysteme fehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderer Schwerpunkt ist die Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade Frauen arbeiten mehrheitlich in der Landwirtschaft. Daher sind gerade sie durch diese Abkommen massiv in ihrer Existenz gefährdet. In meinen Augen ist es deswegen ein Glück, dass es die globalisierungskritische Bewegung gibt, Herr Königshaus. Denn sie mobilisiert mittlerweile gemeinsam mit den Regierungen in den afrikanischen Ländern gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Herr Raabe, es war nicht Zeitdruck, der dazu geführt hat, dass die EU jetzt Zugeständnisse gemacht hat, sondern es war der massive Widerstand von Regierungen und Bevölkerungen der AKP-Staaten gegen diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Erst durch diesen Widerstand kam es zu Interimsabkommen.

Die Finanz- und Handelsminister der Afrikanischen Union fordern schon jetzt Neuverhandlungen dieser Interimsabkommen, weil sie mit dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen völlig unzufrieden sind. Auch wir schließen uns diesen Forderungen an. Wir sagen vor allem: faire Verhandlungen, kein Druck auf die Verhandlungspartner. Es braucht mehr Zeit und eine wirkungsvolle Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das African Trade Network hat sich im Februar in Kapstadt getroffen. In einer dort verabschiedeten Deklaration heißt es:

Heute ist mehr als je zuvor offensichtlich, dass die EPAs die Mittel der EU sind, die grundsätzlich ungerechten Beziehungen zwischen Afrika und Europa zu zementieren. Aus afrikanischer Sicht ist das nichts anderes als eine Rekolonialisierung. Es ist dringender denn je, dass die afrikanischen Bürgerinnen und Bürger und ihre Fürsprecher sich zusammenschließen, um diese Agenda zu stoppen.

Dem schließt sich die Linksfraktion an.

(Beifall bei der LINKEN)

Entwicklung braucht Bildung – Den deutschen Beitrag erhöhen

Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Cornelia Hirsch, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Freie Teilhabe an Bildung ist ein Menschenrecht. Das Bildungsniveau entscheidet maßgeblich über die persönlichen Voraussetzungen im Erwerbsleben. Nach einer Weltbank-Studie aus dem Jahr 2002 besteht ein messbarer Zusammenhang zwischen Armut und Länge der schulischen Ausbildung. Demnach beträgt bei jungen Frauen in Ländern mit niedriger Wirtschaftskraft der durchschnittliche Einkommensunterschied pro Schuljahr zwischen 10 und 20 Prozent.

Dort, wo viele Kinder keine Schule besuchen können, grassiert der Analphabetismus. Nach Angaben der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gibt es immer noch mindestens 780 Millionen Jugendliche und Erwachsene, die nicht lesen und schreiben können. Auch verbreiten sich Krankheiten schneller in Ländern mit Defiziten bei der Grundbildung. Eine Studie der Globalen Bildungskampagne, die in über 120 Ländern von Nichtregierungsorganisationen getragen wird, kommt auf Basis der verfügbaren Vergleichsdaten (2004) zu dem Ergebnis, dass die weltweite Versorgung mit Grundbildung die Neuinfektionen mit dem Aids auslösenden HI-Virus jährlich um 700 000 senken könnte.

Dem Aufbau eines funktionierenden Bildungswesens kommt bei der Überwindung von Unterentwicklung mithin eine Schlüsselrolle zu. Aus dieser Erkenntnis heraus verständigten sich im April 2000 die Regierungen von mehr als 164 Staaten auf dem Weltbildungsforum in Dakar auf sechs Entwicklungsziele im Bildungsbereich, die durch gemeinsame Anstrengungen bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen:

- Ausweitung und Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Erziehung;
- Sicherstellung einer obligatorischen, gebührenfreien und qualitativ guten Grundschulbildung für alle Kinder;
- verbesserter Zugang von Jugendlichen und Erwachsenen zu Erwerb fördernden Lehrangeboten und lebenspraktischen Kenntnissen („life skills“);
- Halbierung der Analphabetenrate unter Erwachsenen bis 2015 und Sicherung eines angemessenen Grundbildungsniveaus;
- Überwindung der Benachteiligung von Mädchen in Grund- und Sekundarbildung bis 2005, allumfassende Gleichberechtigung im gesamten Bildungswesen bis 2015;
- Verbesserung der Qualität der Bildung, insbesondere in den grundlegenden Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen.

Zwei Ziele von Dakar – die Forderungen nach einer Grundschulausbildung für alle Kinder sowie nach der Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen – haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 in den so genannten Millenniumszielen übernommen.

Die G8-Staaten haben auf ihren Gipfeltreffen seit 2001 regelmäßig die Bekenntnisse zu den Zielen des Weltbildungsforums und den Millenniumszielen bekräftigt, ohne dabei konkrete Umsetzungspläne vorzulegen. Auch hatten diese Bekräftigungen weder Einfluss auf die Gestaltung der von den G8 dominierten Welthandelsgespräche im Rahmen der WTO, noch auf die generelle Ausrichtung der Weltbank-Förderpolitik, deren auf Deregulierung und Marktöffnung ausgerichtete Politik vielfach eine eigenständige Entwicklung funktionierender Bildungssysteme in den Entwicklungs- und Schwellenländern erschwert hat. Ungeachtet dessen gibt es in einigen Ländern seit Verkündung dieser Ziele Fortschritte zu verzeichnen – insbesondere dort, wo Regierungen Schulgebühren abgeschafft haben. In Tansania etwa stieg die Zahl der im Jahr 2003 eingeschriebenen Schüler um insgesamt 3,1 Millionen, nachdem die Eltern nicht mehr für den Schulbesuch ihrer Kinder zahlen mussten. Ähnliche Entwicklungen ließen sich in Kenia, Malawi, Burundi und Uganda beobachten. Insgesamt sind zwischen den Jahren 2000 und 2005 rund 37 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult worden, in der Mehrzahl Mädchen.

Doch Fortschritte in einzelnen Ländern können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Welt als Ganzes noch weit von den gesteckten Zielen entfernt ist. Ein in diesem Jahr veröffentlichter Bericht der UNESCO geht auf Grundlage von amtlichen Zahlen aus dem Jahr 2004 davon aus, dass allein in Afrika von geschätzten 111 Millionen Kindern im Grundschulalter 34 Prozent keine Möglichkeit haben, zur Schule zu gehen. Der aktuelle Jahresbericht der Globalen Bildungskampagne stellt fest, dass unter Beibehaltung des aktuellen Umsetzungstempos fast alle Entwicklungsländer die genannten sechs Ziele des Weltbildungsforums von Dakar verfehlen werden. Laut UNESCO wird im Jahr 2015 in mindestens 67 Ländern nach wie vor nicht einmal die allgemeine Grundschulbildung gewährleistet sein. Dem Bericht zufolge seien viele Länder so weit von diesem Ziel entfernt, dass sie es nach derzeitigem Stand „nicht einmal in achtzig Jahren erreichen werden“.

Gewachsene Einschulungsraten allein beheben darüber hinaus nicht die gravierenden Mängel in der Qualität der Ausbildung. Die systematische Modernisierung der Lehrpläne, der Ausbau der verfügbaren Klassenzimmer und die Bereitstellung guter Lehrunterlagen sind unabdingbare Voraussetzungen, um wirkliche Bildungserfolge zu erzielen. In den Schulklassen Kameruns steht beispielsweise für die Unterrichtsfächer Mathematik und Englisch im Durchschnitt pro 100 Kinder jeweils weniger als ein Lehrbuch zur Verfügung. Von besonderer Bedeutung für die Qualität des Unterrichts ist die Zahl der Lehrkräfte. Denn ohne ausreichend Lehrpersonal sind die Klassenfrequenzen viel zu hoch. Dies drückt den Lernerfolg und damit die Motivation. Viele Millionen Kinder verlassen jährlich die Schule frühzeitig und ohne Grundschulabschluss. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass wachsende Einschulungsraten nur dann nachhaltige Erfolge zeitigen, wenn sie auch von wachsenden Gesamtausgaben für Bildung begleitet werden. Langfristige Investitionen in Lehrgehälter, zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und Fortbildungsmaßnahmen sind unabdingbare Voraussetzung, wenn quantitative Fortschritte auch mit einer qualitativen Verbesserung für die Masse der Bevölkerung einhergehen sollen. Nach Schätzungen der UNESCO müssen in Schwarzafrika bis 2015 zusätzlich 1,6 Millionen Lehrkräfte eingestellt werden, damit jedes Kind eine angemessene Grundschulbildung erhalten kann. Weltweit belaufen sich die notwendigen Mittel zur Finanzierung des Ziels einer Grundschulbildung für alle zwischen 2005 und 2010 auf jährlich 9 Mrd. US-Dollar. Das sind deutlich weniger als 0,1 Prozent der globalen Militärausgaben.

Auch wenn die Regierungen der Entwicklungsländer in keiner Weise zur Lösung der Bildungskrise aus der Verantwortung entlassen werden können, müssen die entwickelten Industriestaaten ihren am Bruttonationaleinkommen bemessenen fairen Anteil zur Finanzie-

rung der global vereinbarten Aufgaben beitragen. Nicht alle Entwicklungsländer sind indes in ein gut koordiniertes Netz bilateraler Geber eingebunden.

Mit der unter Federführung der Weltbank eingerichteten „Education for All – Fast Track Initiative“ (FTI) besteht neben den bilateralen Bemühungen seit April 2002 auch ein multilateraler Kanal zur Mobilisierung und Koordinierung von Ressourcen. Die FTI verlangt vor der Aufnahme eines Entwicklungslandes die Vorlage eines nach ihren Kriterien glaubwürdigen und seriösen Plans zur Verbesserung des eigenen Bildungssektors. Im Gegenzug können Entwicklungsländer mit wenig bilateralen Gebern zur Finanzierung ihres Bildungsplans auf Gelder aus dem „Catalytic fund“ der FTI rechnen. Daneben existiert mit dem „Education Programme Development Fund“ ein kleinerer FTI-Fonds, der zur Finanzierung technischer Zusammenarbeit bei der Bildungsplanung vorgesehen ist. Bislang sind 31 Entwicklungsländer als FTI-Partner anerkannt. Bis Ende 2008 soll die Mitgliedszahl auf 60 steigen. Trotz aller Bekenntnisse der G8-Staaten zur FTI als bedeutsamstes multilaterales Instrument zur Finanzierung der globalen Bildungsziele wies dessen Finanzierung allein im Jahr 2007 ein Defizit von rund 500 Mio. US-Dollar auf. Wenn all jene Länder rasch aufgenommen werden, die bereits den Aufnahmekriterien entsprochen haben, dann wird diese Lücke bis Ende 2008 voraussichtlich auf 800 Mio. US-Dollar anwachsen.

Diese Vernachlässigung der multilateralen Verpflichtungen wird durch die Versäumnisse auf der bilateralen Ebene verschärft. Mit Ausnahme einiger kleinerer Staaten wie die Niederlande, Finnland oder Luxemburg haben alle OECD- Staaten, die sich zur Bereitstellung der global notwendigen Ressourcen bereit erklärt haben, von der Globalen Bildungskampagne diesbezüglich schlechte Noten bescheinigt bekommen. Insbesondere die Bundesregierung steht entgegen den eigenen Beteuerungen schlecht da. Auf der Brüsseler Bildungskonferenz vom Mai 2007 sagte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Bereitstellung von 8 Mio. Euro für den „Catalytic Fund“ der FTI zu – die Niederlande wollen bis 2009 hingegen 470 Mio. Euro einstellen. Gemessen am Bruttonationaleinkommen läge nach Berechnungen der Globalen Bildungskampagne der als „fair share“ bezeichnete angemessene Anteil Deutschlands zur Finanzierung der bildungspolitischen Millenniumsziele bei jährlich 777 Mio. US-Dollar oder derzeit rund 563 Mio. Euro. Tatsächlich brachte die Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2004/2005 davon bestenfalls 39 Prozent auf – wenn man von der großzügigen Annahme ausgeht, dass ein Drittel der unspezifizierten Gelder für Entwicklungshilfe im Bereich Bildung in die Förderung von Grundbildung fließen.

Das genaue Defizit wird durch die kreative Buchführung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit allerdings vertuscht. Für die Erreichung des Millenniumsziels einer umfassenden Grundbildung kündigte die Bundesregierung 2002 an, den deutschen Beitrag für Grundbildung bis 2007 auf jährlich 120 Mio. Euro zu verdoppeln. Doch selbst diese hinter den Erfordernissen zurückbleibende Summe wurde verfehlt. Der Anteil für Grundbildung in der multilateralen Hilfe wird nicht klar ausgewiesen. Die bilaterale Hilfe wird in den Bilanzen der

Bundesregierung systematisch aufgebläht. 2005 wurden 985 Mio. Euro der bilateralen Leistungen für den Gesamtsektor Bildung ausgewiesen. Davon entfielen allerdings 745 Mio. Euro auf die Anrechnung der Studienplatzkosten ausländischer Studierender in Deutschland. 2005 wurden nicht mehr als 57 Mio. Euro im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für Grundbildung zur Verfügung gestellt – was einem Anteil von unter 1 Prozent der aufgebrauchten Mittel entsprach.

Die verfügbaren Zahlen verdeutlichen, dass Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in wenigen Bereichen derart auseinanderklaffen wie im Bereich der Förderung der globalen Grundbildung. An diesem Punkt herrscht ein dringender Handlungsbedarf. Zudem muss die Bundesregierung Initiativen ergreifen, um die Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich grundlegend zu ändern.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in einem ersten Schritt den im Rahmen der Vereinten Nationen zugesagten Verpflichtungen nachzukommen und entsprechend den von der Globalen Bildungskampagne auf Grundlage von UNESCO-Zahlen berechneten an- gemessenen Anteil („fair share“) zur Finanzierung der bildungspolitischen Millenniumsziele zu leisten;
- Bildung zum Bestandteil der Regionalkonzepte des BMZ für Afrika zu machen und die Anzahl der Partnerländer mit einem bildungspolitischen Schwerpunkt zu erhöhen;
- den gegenwärtigen Kovorsitz in der FTI zu nutzen, um kurzfristig auf eine rasche Schließung der bestehenden Finanzierungslücke durch alle beteiligten, insbesondere aber die großen Geberländer hinzuwirken;
- perspektivisch auf eine grundlegende Änderung der Weltbankpolitik zu drängen und sicherzustellen, dass die Vergabe von Darlehen und Fördermitteln in den Partnerländern tatsächlich eigenständige Entwicklungsprozesse stimulieren, dass Finanzzusagen für den Aufbau von Bildungssystemen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht an Forderungen wie Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen oder die Senkung der öffentlichen Ausgaben geknüpft werden, sowie darauf zu drängen, neben der Grundbildung auch den Ausbau der Sekundarstufen, der höheren Bildung und der Berufsbildung vorangetrieben wird;
- die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der Grundbildung bereitgestellten Mittel in den öffentlich zugänglichen Haushaltsplänen präzise auszuweisen;
- auf die bilanztechnische Verrechnung der geschätzten Studienplatzkosten ausländischer Studierender in Deutschland mit der geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA-Quote) zu verzichten, und stattdessen diesen Posten gesondert aufzuführen;
- sicherzustellen, dass künftig langfristige Finanzausgaben gemacht und diese auch umgesetzt werden, damit in den betroffenen Entwicklungsländern bei der Umsetzung der eingeforderten Bildungspläne zur Bereitstellung einer umfassenden Grundbildung für alle Kinder ausreichend Planungssicherheit besteht.

Rede im Bundestag, 24.4.2008

Leben vor Pharmaprofit

Rede von Hüseyin Aydin im deutschen Bundestag am 24. April 2008 zu TOP 16, Beratung der großen Anfrage der FDP „Gesundheit in Entwicklungsländern“ (BTG.-Drucksachen 16/3209 und 16/5378)

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr starben rund 5 Millionen Menschen an Aids, Tuberkulose oder Malaria. Die große Mehrzahl davon in der Dritten Welt. Es ist deshalb lobenswert, dass die Bundesregierung die Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung

dieser Krankheiten massiv aufgestockt hat. Was ist zu tun, damit dieses Geld zu einer nachhaltigen Verbesserung der Gesundheitslage in den Entwicklungsländern beiträgt? Das Kernproblem ist der Zugang zu erschwinglichen Medikamenten. Mehr als 33 Millionen Menschen haben den tödlichen HI-Virus im Körper. Doch nicht einmal ein Drittel von ihnen hat Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten.

1) Der Hauptgrund: Sie haben nicht genug Geld.

Es ist unerträglich, dass viele Firmen aus Profitgier diesen Zustand fortschreiben wollen. Die Pharmafirmen Abbott, Gilead und Bristol Myers-Squibb haben in Indien Patentanträge auf wichtige Aids-Medikamente gestellt, um den Export preisgünstiger Nachahmerpräparate zu verhindern. Millionen von Indern und Inderinnen und Afrikanern und Afrikanerinnen wären zum Tode verurteilt!

Unfassbar ist, dass EU-Handelskommissar Mandelson diese menschenverachtende Politik auch noch aktiv vorantreibt. Im vergangenen Herbst drohte er im Patentstreit offen dem thailändischen Ministerpräsidenten mit Konsequenzen, um die Interessen des Pharmagiganten Abbott durchzudrücken. Das ist völlig inakzeptabel. Das „Aktionsbündnis gegen Aids“ fordert deshalb vollkommen zu Recht: **LEBEN VOR PHARMAPROFIT!**

Wir von der LINKEN erwarten, dass die Bundesregierung die in ihrer Antwort auf die vorliegende große Anfrage angedeutete Kritik an dem Vorgehen der Pharmakonzerne wesentlich deutlicher als bisher zum Ausdruck bringt.

2) Das zweite Problem:

Die auf lukrative Märkte ausgerichtete Pharmaforschung kümmert sich vollkommen unzureichend um die Krankheiten der Armen. Laut Oxfam sind zwischen 1999 und 2004 nur drei neue Medikamente zur Bekämpfung der „armen“ Infektionskrankheiten auf den Markt gekommen. Deshalb wollen wir, dass die Industrienationen konzertiert und steuernd tätig werden, damit endlich auch Medikamente gegen Ebola oder die Flusskrankheit entwickelt werden!

3) Drittes Problem: Kein funktionsfähiges Gesundheitssystem.

In vielen Ländern fehlt es an Anlaufstellen für die Kranken. In weiten Bereichen gibt es keine Krankenhäuser, Polikliniken oder Praxen. Deshalb kommt die Hilfe schlicht nicht bei den Betroffenen und Bedürftigen an. Wenn der Bundestag, wie im vergangenen Monat beschlossen, die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme in den Vordergrund rücken will, muss die Etablierung tragfähiger Gesundheitssysteme in dieses Vorhaben eingebunden werden.

4) Viertes Problem: die Abwanderung medizinischer Fachkräfte.

Seit 1980 sind rund 60 Prozent der in Ghana ausgebildeten Ärzte und Ärztinnen und Pflegekräfte ins Ausland gegangen. Hauptgrund ist die schlechte Bezahlung im Heimatland. Die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ fordert deshalb die finanzielle Unterstützung der Lohnkosten für das medizinische Personal in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit. Das wäre über eine entsprechende Budgethilfe problemlos zu machen.

Gleichzeitig müssen die Industrienationen endlich damit aufhören, die qualifizierten Fachkräfte aus ihren Heimatländern abzuwerben. Diese Fachkräfte werden händeringend im eigenen Land benötigt! Lassen Sie mich noch eines anmerken.

Natürlich ist die Verbesserung der Gesundheitslage auch eine Frage des Massenbewusstseins. Jeden Tag infizieren sich 2000 Menschen aufs Neue an Aids,

zumeist auf sexuellem Wege. Es ist gut, dass die Bundesregierung in ihrer vorliegenden Antwort die Prüderie der katholischen Kirche als ein „hohes Risiko“ kritisiert. Hoffen wir, dass das der Vatikan endlich zur gleichen Einsicht kommt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Pressemitteilung, 11.4.2008

Steinbrück beschädigt die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands

Finanzminister Steinbrück beschädigt die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland“, kommentiert Hüseyin Aydin den aktuellen Haushaltsstreit in der Bundesregierung. Der Obmann für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt weiter:

„Bei der von Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul eingeforderten Erhöhung des Entwicklungsetats handelt es sich um nichts weiter als die Einhaltung der im Rahmen von UN und G8 eingegangenen Verpflichtungen. Die kommentarlose Rücksendung der Ausgabenplanung des Entwicklungsministeriums und die Androhung einer Zwangsetatverordnung durch Finanzminister Steinbrück stellt eine bislang beispiellose Brückierung der Entwicklungsministerin dar. Der Vorgang verdeutlicht, dass der neoliberale Wahn von einem schuldenfreien Haushalt den Finanzminister in Zeiten einer sich anbahnenden Krise politikunfähig macht.

Die von Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul eingeforderte Etatserhöhung für 2009 ist ohnehin überfällig. Jahrelang verharrte der deutsche Entwicklungsetat auf einem historischen Tiefstand. Nur durch Rechenricks wie die der Anrechnung fiktiver Summen für die Betreuung ausländischer Studenten konnten die Regierungen Schröder und Merkel überhaupt den Anschein erwecken, als würden sie die 2002 in Monterrey eingegangenen internationalen Finanzierungsverpflichtungen zur Erreichung der UN-Millenniumsziele einhalten.

Erst vor einem Monat hat der Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen, die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme endlich ins Zentrum der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu stellen. Steinbrücks Vorgehen droht diesem Beschluss die materielle Grundlage zu entziehen. DIE LINKE unterstützt Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul im aktuellen Streit mit Finanzminister Steinbrück. Ich erwarte, dass sie sich auch weiterhin nicht dem neoliberalen Diktat beugt und auf den eingeforderten Etatsteigerungen für 2009 beharrt.“

Zivile Hilfe für Afghanistan in zivile Hände legen

In der Bundestagsdebatte über die Entwicklung in Afghanistan kritisiert Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die sog. zivil-militärische Zusammenarbeit und erläutert den Vorschlag ihrer Fraktion, ein Pilotprojekt für den lizenzierten und kontrollierten Mohnanbau zu medizinischen Zwecken aufzulegen (Rede zu Protokoll):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Krieg gegen Afghanistan, den die Grünen 2001 selbst mit eingeleitet haben, hat nicht zu einer friedlichen Entwicklung des Landes geführt, sondern zu anhaltender Gewalt und der Verstetigung von wirtschaftlichem und sozialem Elend. Er hat auch keine breiten gesellschaftlichen Emanzipationsprozesse in Gang gesetzt, wie unter anderem von den Grünen angekündigt, sondern die Menschen in Afghanistan vielfach neuen Bedrohungen ausgesetzt. Zu den Taliban – so hat Oxfam jüngst die Wahrnehmung der Afghaninnen und Afghanen im Rahmen der Studie „Community Peacebuilding“ in Afghanistan gemessen – kommt die Bedrohung durch lokale Warlords, Kriminelle und Drogendealer, aber auch durch die internationalen Truppen selbst.

Immerhin – die Grünen reden in ihrem Antrag die Ergebnisse der von ihnen ansonsten unterstützten Militärmission nicht schön und weisen auf die vielen damit verbundenen oder zumindest durch sie nicht gelösten Probleme hin. Ich kann da einen Fortschritt gegenüber früheren Verlautbarungen erkennen. So stellen die Grünen endlich auch den früher durch ihre eigenen Repräsentanten vehement vertretenen Ansatz der sog. Zivil-militärischen Zusammenarbeit und auch die Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) in Afghanistan in Frage. Das ist mehr als angebracht. Bereits vor anderthalb Jahren haben Fachleute von Entwicklungsorganisationen in einer Anhörung im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die massiven Probleme mit diesem Ansatz hingewiesen.

In Afghanistan sind die negativen Konsequenzen des zivil-militärischen Ansatzes im Rahmen von ISAF deutlich erkennbar. Aufgrund der engen Anbindung humanitärer und ziviler Organisationen an die militärischen Strukturen (Bereitstellung von Infrastruktur, Vermittlungstätigkeiten, Bereitstellung von Geldern) sind diese Organisationen für die Bevölkerung häufig nicht mehr eindeutig von den militärischen Einheiten zu unterscheiden. Zivile Akteure büßen somit Anerkennung und ihre Neutralität ein und werden selbst zum Ziel von Anschlägen. Als Folge dieser „Infizierung“ ziviler Hilfsprojekte durch das Militär haben zahlreiche Hilfsorganisationen ihre Arbeit nicht mehr oder nur noch stark eingeschränkt weiterführen können und sich aus Afghanistan bzw. der betreffenden Region zurückziehen müssen.

Die Projekte zivil-militärischer Zusammenarbeit in Afghanistan, die Provincial Reconstruction Teams (PRT), werden zudem in ihrem Impact überschätzt. Das Ergebnis einer Auswertung von 40 Studien zu PRTs durch das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und andere attestiert „eine schwache oder gar keine feststellbare Effizienz“ der PRTs im Hinblick auf die Ziele Sicherheit, Stabilisierung, Institutionenbildung und Wiederaufbau. Die Ausgaben für die zivile und militärische Komponente sind auch hier einseitig zugunsten des Militärs verteilt – z.B. beim PRT Kundus in 2004 im Verhältnis von 5:1. Es gibt bisher keine Analysen, die den Erfolg, der

den PRTs immer wieder unterstellt wird, untermauern. Insbesondere gibt es keine Evaluierung seitens der Bundesregierung. Hier unterstützen wir die Forderung der Grünen, eine solche vorzulegen.

Je mehr Geld man in den militärischen Bereich investiert, desto weniger bleibt für die zivile Entwicklung übrig. Allein die USA haben für ihr militärisches Engagement in Afghanistan seit 2001 127 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Währenddessen warten die Afghaninnen und Afghanen nach einem Bericht der ARD von Ende März auf die Auszahlung eines großen Teils der von den westlichen Gebern versprochenen zivilen Unterstützungsleistungen. Von den versprochenen 25 Milliarden US-Dollar sind bislang nur 15 Milliarden tatsächlich in Afghanistan angekommen, und davon flossen 40 Prozent u. a. in Form von Unternehmensgewinnen und Beratergehältern wieder zurück in die Geberländer.

Zivile Krisenbearbeitung muss zivil formuliert werden. Zivile Instrumente müssen entsprechend ausgestattet, oft überhaupt erst entwickelt werden. Zivile Projekte müssen in zivile Hände gelegt werden, wo die entsprechende Expertise und die langfristige Orientierung für das Erreichen struktureller Veränderungen vorhanden sind und nicht tagesaktuelle Interessen und militärstrategische Überlegungen dominieren.

Für eine effektive Aufbauhilfe wäre wesentlich, dass lokale Akteurinnen und Akteure viel stärker einbezogen werden, als das im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit praktiziert wird bzw. überhaupt möglich ist. Die unterschiedlichen vorhandenen Interessen müssen sich artikulieren und in einen Austausch gebracht werden. Mehr Partizipation muss organisiert werden. Viel mehr Menschen müssen in die Suche nach Lösungen für eine zivile Krisenprävention einbezogen werden.

Das ist erstens der Anspruch der UN-Resolution 1325 für eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten, den es endlich einzulösen gilt, und ist für DIE LINKE zweitens auch eine Schlussfolgerung aus der Oxfam-Studie, der zufolge die (potenziell) gewaltträchtigen Konfliktfelder in Afghanistan so unterschiedlicher Natur sind wie die Wahrnehmung der Gewaltakteure durch die Bevölkerung. Großes Konfliktpotenzial wird solchen Auseinandersetzungen zugeschrieben, die auf der lokalen Ebene z. B. um den Zugang zu Wasser und Land oder in bzw. zwischen familiären oder Clan-Strukturen ausgetragen werden. Zugleich weist Oxfam darauf hin, dass die Afghaninnen und Afghanen zur Schlichtung von Konflikten vorzugweise auf traditionelle Schlichtungsformen zurückgreifen und sich an ihre lokalen Autoritäten, wie die Ältestenräte, wenden. Hier müssen wir ansetzen!

Entwicklung in Afghanistan kann nicht gegen die Afghaninnen und Afghanen durchgesetzt werden, sondern nur mit ihnen und vor allem durch sie. Das möchte ich abschließend anhand unseres Vorschlags erläutern, Chancen für einen lizenzierten Mohnanbau zu eröffnen. Angesichts immer neuer Rekordernten ist doch offensichtlich, dass die bisherigen Strategien der Drogenbekämpfung, die entweder ganz direkt repressiv ausgerichtet waren (USA) oder Repression mit Substitution verbanden (EU), gescheitert sind. Aus dem illegalen Drogenanbau speist sich der anhaltende Krieg.

Deshalb schlägt DIE LINKE vor, Möglichkeiten zu prüfen, den legalen lizenzierten und kontrollierten Anbau von Mohn zu medizinischen Zwecken zu fördern, und diesen Anbau in eine Strategie zur diversifizierten regionalen Entwicklung des ländlichen Raums zu

integrieren. Es gibt Vorbilder für eine solche Maßnahme, darauf verweisen wir in unserem Antrag. Ziel muss sein, die Bäuerinnen und Bauern aus der Abhängigkeit von Drogendealern und Warlords zu befreien, ohne sie ihrer wirtschaftlichen Grundlagen zu berauben.

Wenn es stimmt, dass das größte Gewaltpotenzial in Konflikten um lokale ökonomische Ressourcen liegt und in besonderem Maße von den Drogenbaronen ausgeht, wäre der lizenzierte und kontrollierte Mohnanbau in meinen Augen eine lokal angepasste Maßnahme, eine friedliche und sozial nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen Afghanistans einzuleiten.

Rede im Bundestag, 25.4. 2008

Die Krise in Kenia ist noch nicht überwunden

Rede von Hüseyin Aydin vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 25. April 2008 zur politischen Lage in Kenia, Bezug nehmend auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Kenia stabilisieren, Entwicklung und Frieden unterstützen“ (BT.-Drs. 16/8403).

Meine Damen und Herren,

Am 17. April wurde das kenianische Kabinett vereidigt, das 43 Minister und fast 50 Stellvertreter umfasst. Es wird rund 1/8 des kenianischen Staatshaushalts verschlingen. Damit ist die Krise in Kenia zwar vorerst entschärft worden. Doch sie ist noch nicht ausgestanden, und die ihr zu Grunde liegenden Konflikte sind noch lange nicht bewältigt. Das stellt der heute vorliegende Antrag richtig fest.

Kurzfristig muss die Koalitionsregierung die humanitäre Situation in den Griff bekommen. Weit über 100.000 Menschen konnten noch nicht in ihre Heimat zurück. Viele haben Eigentum und Lebensgrundlage verloren, denn die Gewalt kostete neben den menschlichen Opfern auch rund 400.000 Arbeitsplätze. Zugleich stiegen die Nahrungsmittelpreise um mehr als 15%. Gerade die für die Ernährungssicherung wichtigen Regionen Zentralkenias waren besonders stark vom Konflikt betroffen. Darum rechnen Hilfswerke mit bleibenden Engpässen.

Weitaus schwieriger ist die Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Spaltung des Landes. Dazu haben sich die Koalitionäre zwar rhetorisch bekannt. Nun müssen den Worten Taten folgen.

- Die Überwindung der ethnischen Polarisierung kann nicht verordnet werden, sondern muss sich auf gesellschaftliche Träger stützen. Doch die Koalition steht in der Pflicht, weil Hardliner beider Seiten versuchten, aus der „Ethnisierung“ sozialer Konflikte politisches Kapital zu schlagen. Mindestens 1.300 Menschen wurden Opfer ihrer zynischen Politik. Die Kenianerinnen und Kenianer haben ein Recht darauf, dass die Gewalt der Milizen und der Sicherheitskräfte untersucht, verfolgt und geahndet wird.
- Reformversprechen müssen umgesetzt werden. Zentral ist die Verfassungsreform, die Kibaki bereits 2002 ankündigte. Damals wurde sie verschleppt, um einen starken Premierminister Odinga zu verhindern. Jetzt muss sie gelingen.
- Kenia braucht eine neue, eine soziale Wirtschaftspolitik, um die strukturellen sozio-ökonomischen Konflikte zu entschärfen. Diese haben sich durch die neoliberalen

Reformen der letzten Jahre zugespitzt: 54% der Bevölkerung leben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag – häufig auch dann, wenn sie einen Arbeitsplatz in der formellen Wirtschaft haben. Beide Parteien haben im Wahlkampf Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsreformen versprochen, doch Skepsis ist angebracht. Denn anstelle einer sozialen Politik leistet sich Kenia seit Jahren eine systemische Korruption. Davon profitieren zwar Regierungsmitglieder und einige Wirtschaftseliten massiv, aber die Korruption belastet die Wirtschaftsentwicklung mit Wachstumseinbußen von jährlich 2%.

Die Umsetzung dieser Ziele wird die Koalition vor erhebliche Konflikte stellen, denn der Riss der Gesellschaft geht auch durch das Kabinett. Wir erinnern uns, dass der Wahlverlierer Kibaki nur nach äußerem Druck in eine Machtteilung einwilligte.

Deutschland, die EU und die internationale Staaten- und Gebergemeinschaft haben aber die Möglichkeit, zur Stabilisierung der Situation in Kenia beizutragen und politischen Stillstand zu verhindern. Wir erwarten daher von der Bundesregierung:

- dem Appell der UNO für ein 80 Millionen Dollar-Paket für humanitäre Hilfen und Maßnahmen der Konfliktnachsorge zu folgen,
- den Parteien weitere Vermittlungsangebote zu machen und regionale Initiativen z.B. der AU zu unterstützen,
- lokale Initiativen der Konfliktbearbeitung stärker zu fördern.

Wir erwarten zudem, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass die von EU und Finanzinstitutionen gesetzten Wirtschafts- und Handelsbedingungen korrigiert werden. Hierunter fällt z.B. die Annullierung des EPA-Interimsabkommen mit Kenia. Wir erwarten, dass ungebundene Budgethilfen ausgesetzt werden, bis von der Regierung ernsthafte Bemühungen zur Aufarbeitung der Gewalt, zur Achtung der Bürgerrechte und zur Bekämpfung der Korruption erfolgt sind.

Meine Damen und Herren, das Wahlverhalten der Bevölkerung, die unabhängigen Medien, der Kampf der Zivilgesellschaft für Menschenrechte und soziale Teilhabe, und das mutige Eintreten lokaler Initiativen gegen die Gewalt haben gezeigt, dass die Demokratie in Kenia lebt – auch wenn dies einige Eliten des Landes noch nicht bemerkt haben. Um Entwicklung in Frieden zu unterstützen, müssen diese demokratischen Kräfte Kenias gestärkt werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Positionspapier, 28.4.2008

DIE LINKE diskutiert Eckpunkte einer neuen, linken Afrikapolitik

Positionspapier von Hüseyin Aydın

Hintergrund: Das gewandelte westliche Interesse an Afrika

Noch vor wenigen Jahren galt Afrika als „vergessener Kontinent“, der allenfalls im Zusammenhang mit politischen Krisen, humanitären Katastrophen und bewaffneten Konflikten Beachtung fand. Dies hat sich seit der Jahrtausendwende grundlegend verändert: Auf verschiedenen internationalen Gipfeltreffen Ebenen stand und steht Afrika immer wieder auf der politischen Agenda. Diese gewachsene Aufmerksamkeit ist jedoch keinem wieder erwachten entwicklungspolitischen Gewissen der „internationalen

Gemeinschaft“ geschuldet: Steigende Rohstoffpreise, neue Ölvorkommen und zunehmend auch neue Märkte machen Afrika für wirtschaftliche und geopolitische Interessen wieder interessant. Verstärkt wurde und wird dieses neue Interesse zweifelsohne dadurch, dass neben den westlichen Staaten die aufsteigende Großmacht China sowie einige andere Schwellenländer nach Afrika drängen, um sich Zugriff auf die örtlichen Ressourcen sowie Zugang zu den wachsenden Märkten zu sichern.

Die EU hat darauf mit der Entwicklung der „Gemeinsamen Strategie“ für EU und AU reagiert. Diese wurde zwar als gemeinsames Dokument auf dem EU-AU-Gipfel im Dezember 2007 verabschiedet. Sie entstand jedoch unter Federführung der EU. Dementsprechend kristallisiert sich aus diesem Papier eine zielgerichtete, zwischen den EU-Mitgliedstaaten koordinierte Afrikapolitik heraus, die in erster Linie Wirtschafts-, Handels-, Sicherheits- und Stabilitätsinteressen der EU und europäischer Konzerne folgt. Die EU-AU-Strategie ist kein isoliertes Dokument, sondern reiht sich ein in wirtschaftsliberale Abkommen und Strategien die EPAs und die neue Außenhandelsstrategie „Global Europe“.

Zur Afrikapolitischen Diskussion in DER LINKEN

DIE LINKE hat wiederholt und vehement Aspekte der deutschen und europäischen Afrikapolitik kritisiert: Dazu gehört vor allem die Konterkarierung von EZ durch neoliberale Wirtschafts-, Handels- und Agrarpolitik. Dies haben wir u.a. am Beispiel der EPAs aufgezeigt. Wir haben darüber hinaus zu konkreten Afrikapolitischen Vorhaben und Konzepten der Geberinstitutionen, der EU und Deutschlands Stellung bezogen und eine soziale, ökologische und friedliche Neuausrichtung der Afrikapolitik angemahnt.

Das Thema „Afrika“ stand aus diesem Grund wiederholt auf der Tagesordnung in der Fraktion. Aus diesem Diskussionsprozess entstand das umfassende Positionspapier von Hüseyin Aydin. Dieses Papier analysiert die aktuelle Situation Afrikas und die Afrikapolitik mächtiger (westlicher) Akteure, wobei der Fokus auf der EU und der deutschen Afrikapolitik liegt. Im zweiten Schritt zieht Hüseyin Aydin eine Bilanz der bisherigen Afrikapolitischen Initiativen unserer Fraktion. Vor dem Hintergrund werden mögliche inhaltliche und politische Schwerpunkte einer neuen, LINKEN Afrikapolitik skizziert und zur Debatte gestellt.

Wir freuen uns daher sehr über Eurer / Ihr Interesse sowie auf Rückmeldungen, Kommentare, Anregungen und auch Kritik, denn Afrika wird uns weiterhin beschäftigen.

Das Papier kann über den folgenden Link bezogen werden:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7753176085.pdf>

Es ist zudem auf der Homepage von Hüseyin Aydin abrufbar:

<http://www.hueseyin-aydin.de>

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179
Fax: 030 227 – 76 179
heike.haensel@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Dr. Birgit Bock-Luna
Dr. Alexander King
Christine Scherzinger
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen:
Heike Hänsel MdB
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiter/in:
Traudel Horn-Metzger
Frederico Elwing
heike.haensel@wk.bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:
Heike Hänsel, MdB
Bürogemeinschaft Freiburger Linke
Greiffeneggring 2
79098 Freiburg

Telefon: 0761 – 45 10 292

Mitarbeiter/in:
Susanne Hartmann
Peer Villwock
freiburg@heike-haensel.de

Homepage: www.heike-haensel.de

Entwicklungspolitische Referentin der Fraktion DIE LINKE: Annette Groth

Telefon: 030 – 227 52 802
Email: annette.groth@linksfraktion.de

Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491
Fax: 030 – 227 76 491
hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:
Björn Aust
Dr. Frank Renken
Kim Weidenberg

Wahlkreisbüro in Duisburg:
Hüseyin-Kenan Aydin MdB
Mülheimer Str. 57
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiter/innen:
Martina Ammann-Hilberath
Ali Güler
Werner Wirtgen
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Homepage: www.hueseyin-aydin.de